

Wahlkreisbrief

Informationen zur Landtagswahl am 8. März 2026



Mosbach, Februar 2026

Sehr geehrte Einwohner des Neckar-Odenwald-Kreises,

mit dem heutigen Schreiben möchten wir ein paar Themen ansprechen, die uns gegenüber besonders häufig thematisiert werden, z. B. bei Infoständen oder Veranstaltungen.

Sicher kennen Sie den regionalen Wahlkreisabgeordneten und Minister **Peter Hauk** (CDU). Er ist seit über 30 Jahren im Landtag und hat inzwischen 15 Jahre Regierungserfahrung. Trotzdem erklärte er nach seiner Aufstellung zur Landtagswahl 2026: „Wir müssen wieder eine Politik machen, die mit Mut die Probleme angeht“ und „falsche Weichenstellungen müssen rückgängig gemacht werden“. Sein Ersatzkandidat **Mark Franschka**, selbst Mitarbeiter vom CDU-Spitzenkandidaten **Manuel Hagel**, erklärte: „Wir wollen weniger Bürokratie und mehr gesunden Sachverstand.“¹

Als AfD freuen wir uns, dass die CDU folglich viele Probleme nicht mehr leugnet und eingesteht, dass **Entscheidungen entgegen dem gesunden Menschenverstand getroffen** wurden. Doch wieso geht man als maßgeblicher Teil des Kabinetts die Probleme nicht umgehend an? Man soll die CDU wieder wählen, damit sie nun Veränderungen bringt, die sie seit Jahrzehnten nicht brachte?

Erwarten Sie wirklich ein anderes Ergebnis, wenn man dasselbe wählt?

Obwohl Hauk langjähriger Teil der Landesregierung ist, obwohl die Abgeordnete unseres Bundestagswahlkreises, **Nina Warken** (CDU), nun Bundesgesundheitsministerin ist und obwohl der Neckar-Odenwald-Kreis mit unserem Landrat **Achim Brötzel** (CDU) den Präsidenten des Deutschen Landkreistages stellt, schaffen es diese CDU-Spitzenpolitiker nicht mal, die eigenen **Krankenhäuser** im Wahlkreis zu erhalten. Dafür haben wir kein Geld – hingegen bekommt beispielsweise das ostafrikanische Tansania Steuergeld von uns zur Einführung einer Krankenversicherung.²

Das ist sicher menschlich – aber es ist **nicht die Aufgabe des deutschen Staates**. Jeder Staat ist ein Gebilde, welches für die einheimische Bevölkerung da ist. Hilfe für andere Staaten hingegen kann jede Privatperson und jedes private Unternehmen mit dem **eigenen** Geld leisten und nicht mit dem Steuergeld aller. Dieses ist primär zur Erfüllung der Aufgaben für die eigene Bevölkerung gedacht. Und wir können auch nicht jedem Staat, dessen Bewohner sonst nach Deutschland „einwandern“ würden, stattdessen Geld geben.

Hier finden Sie unser **Wahlprogramm**, unser **Sofortprogramm** und **Informationen zu unserem Kandidaten** sowie den kompletten Brief mit allen Quellenangaben:



www.afd-nok.de



Vaterlandsverrat und Spionage?

Statt sich um seinen Wahlkreis zu kümmern, betreibt der CDU-Minister **Hauk** systematisches Framing³ über die AfD als angebliche „Vaterlandsverräter“,⁴ beispielsweise bei den ersten Veranstaltungen in diesem Jahr. Dazu wiederholte er sogar dreiste **Unwahrheiten**⁵ (z. B. steht zum Thema NATO das Gegenteil seiner Behauptung im Wahlprogramm⁶) oder die AfD würde für China spionieren. In Wirklichkeit kam längst vor Gericht heraus, dass der Mitarbeiter eines unserer Abgeordneten versuchte, unsere eigene Parteispitze auszuspionieren – wir waren also ebenso Spionageziel⁷ des langjährigen SPD-Mitglieds.⁸ Und: Der Verfassungsschutz (VS) wusste davon, da der Spion gleichzeitig ein Informant war.⁹ Er warnte unsere Partei aber nicht, obwohl die Spionageabwehr ausdrücklich zu den Aufgaben des VS gehört!¹⁰



Basierend auf diesem einen Vorfall unterstellt auch der CDU-Kandidat **Hagel** immer wieder, dass wir für China spionieren würden.¹¹ Eine faktenfreie Behauptung, doch gerade das zeigt, wie „neutral“ die unter Kontrolle der Regierung stehenden Behörden wie der Verfassungsschutz ihre Aufgaben wahrnehmen. Die Verhinderung von Spionage ist offensichtlich nicht so wichtig wie etwas (faktenfrei) gegen die Opposition medial auszuspielen.

Davon unabhängig bleibt jedoch eine Tatsache: Wer nationale Interessen vertreten will, der muss mit global relevanten Entscheidern reden, und das machen wir. Denn auch die Opposition kann und muss sich in einer Demokratie mit internationalen Kontakten darauf vorbereiten, dass sie die Regierungsgeschäfte übernehmen könnte.

Die CDU könnte längst alleine regieren! Wieso handelt sie nicht einfach?

Wiederholt hat die AfD öffentlich klargestellt, dass sie in Land und Bund eine **Minderheitsregierung** der CDU dulden würde,¹² damit Deutschland wenigstens wieder etwas realitätsnähere Politik bekommt. Die CDU müsste sich also längst nicht mehr von linken Parteien unter Druck setzen lassen – sie könnte im Land auf die Grünen und im Bund auf die SPD verzichten und **ohne Koalition** ihre (angeblich!) konservative Politik umsetzen, die »Probleme also mit „gesundem Sachverstand“ angehen«. Offenbar fehlt ihr der Mut oder zu viele in ihren eigenen Reihen denken längst genauso realitätsfremd.



Davon abgesehen ist die „**Brandmauer**“ schon mehrfach gefallen. Beispielsweise im Europaparlament haben sowohl die Fraktion der CDU¹³ (EVP) als auch die der Grünen¹⁴ nur dank der AfD schon entscheidende Mehrheiten bekommen.

Wäre eine AfD-Regierung gefährlich?

Unsere österreichische Schwesterpartei **FPÖ** war schon **fünf Mal in der Bundesregierung** und ist derzeit in **fünf von neun Landesregierungen**.¹⁵ Ging dadurch die Welt unter, wurde in Österreich die Demokratie abgeschafft, mussten politische Gegner fliehen oder wurde Österreich ein Unrechtsstaat? Natürlich nicht. Die anderen Parteien beschwören das nur, um keine Alternativen zu ihrer Politik zuzulassen.

Gefährlich ist die AfD daher nur rein politisch für alle, die vernünftige Kurswechsel unseres Landes ablehnen.



Hat die AfD Lösungen oder sieht sie nur Probleme?

Unsere Bundestagsfraktion hat beispielsweise für 2026 einen kompletten Alternativhaushalt¹⁶ vorgelegt. Mit rund 1.100 Haushaltsänderungen würden Bürger und Wirtschaft **um 54,7 Milliarden Euro entlastet** werden. Insgesamt kommt der AfD-Haushalt 2026 mit 121,8 Milliarden Euro **weniger Nettokreditaufnahme** aus als der Entwurf der Bundesregierung. Trotzdem ist darin z. B. ein **Nothilfeprogramm für die Kommunen über 5 Milliarden Euro** vorgesehen.

Damit könnten diese u. a. auch ihre **Krankenhäuser retten**. Natürlich haben wir also Lösungen, nur werden diese in der Presse kaum thematisiert. Wenn Sie sich dafür interessieren, z. B. auch für die Einsparungen: www.afdbundestag.de/afd-bundestagsfraktion-legt-alternativhaushalt-2026-vor/



Wie sieht die Zukunft Deutschlands aus? Welche Perspektiven bleiben?

Viele Jüngere sehen sich etwa damit konfrontiert, keine realistische Chance auf den Erwerb von Wohneigentum zu haben. Leben sie in einer Großstadt, können sie oft nicht einmal eine neue Mietwohnung finden. **Niemand prophezeit ihnen mehr, dass sie es einmal besser haben werden als ihre Eltern** – was früher eine Selbstverständlichkeit war. Stattdessen gibt es nur noch drohende Katastrophen – Klimaapokalypse, Krieg –, weil sich der Staat und die Regierung mit Katastrophen „unverzichtbar“ machen und die Bereitschaft zur Wahl einer anderen Politik (Partei) in Krisenzeiten sinkt.



„Politik heißt, das Leben der Menschen im Konkreten zu verbessern. Stattdessen findet eine ideologisierte Politik Scheinlösungen für Scheinprobleme“, schrieb die Schweizer NZZ im August über die deutsche Politik. Die **Klimapolitik** steht sinnbildlich dafür: Wenn europäische Länder ambitioniert CO₂ einsparen, dann müssen andere Staaten weniger tun. So wandert etwa CO₂-intensive Produktion in Länder mit weniger strengen Gesetzen ab. Und **wenn Europa weniger fossile Brennstoffe einkauft, dann sinkt der Weltmarktpreis. Daher kaufen und verbrennen dann Staaten wie China, Indien oder Brasilien noch mehr davon, sodass die globale CO₂-Bilanz sogar verschlimmert wird.**¹⁷ Das Ergebnis unserer ideologischen Politik ist also kein Klimaschutz, sondern nur die Vernichtung von Arbeitsplätzen. „Deutschland ist mit seinen falschen Prioritäten nur noch ein abschreckendes Beispiel für die Welt“, heißt es im Ausland.

¹⁸

Die **Staatsquote** gibt das Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt wieder. Sie liegt bei uns inzwischen bei **50%**, in den 2010er Jahren schwankte sie um die 45%. Zum Vergleich: Die Schweiz kommt auf 32%, der globale Durchschnitt ist noch niedriger.¹⁹



Umverteilung und Konsum dürfen nicht weiter Vorrang vor Investitionen haben. „Klima zuerst, Wohlstand zuletzt“ ist eine irre Politik. Statt der Zweckentfremdung von Schulden („Sondervermögen“)²⁰, müssen echte Zusatzinvestitionen getätigt und gespart werden. Denn **wer spart, der rechnet damit, dass das Morgen zählt und man nicht bei null anfangen will.**²¹ Das gilt für Staaten genauso wie für Privathaushalte.

Um die Jahrtausendwende war man noch von den **PISA-Ergebnissen** im Bildungsvergleich geschockt. Inzwischen wurde es jedoch noch schlimmer. Dabei ist Bildung elementar für ein Land, welches über wenig Rohstoffe verfügt.²² Wohlmerkt: Bildung in Naturwissenschaften, Mathe etc. und keine ideologischen Lehrplaninhalte.

→ Für eine bessere Zukunft müssen also schlichtweg unsere Prioritäten wieder anders geordnet werden.

EU – unsere Europäische Gemeinschaft?

Die EU wurde einst für Freiheit, Frieden und offenen Handel geschaffen. Heute erdrücken sie Bürokratie, Steuern und immer neue Vorschriften. Statt Bürokratieabbau explodiert die Zahl neuer Rechtsakte geradezu. 1.835 Entscheidungen von Januar bis Oktober 2025 – viermal so viele wie in den USA. Der Internationale Währungsfonds (IWF) bilanziert: **Handelshemmnisse innerhalb der EU wirken heute wie Zölle – 44% auf Industriegüter und 110% auf Dienstleistungen.**²³ Die EU wurde damit zur Handelsbarriere und verhindert Wachstum. Zudem ist es sinnlos, über fremde Importzölle zu jammern, während man selbst ebenfalls seit Langem mit Zöllen Außenpolitik betreibt und sich dann auch noch in vielfacher Höhe davon selbst sabotiert.



Dazu kommt die wirtschaftlich verheerende Idee neuer **EU-Schulden** und die zunehmende Bereitschaft, **die Freiheit zugunsten vermeintlicher Sicherheit einzuschränken**. Algorithmisch werden „verletzliche“ Gruppen definiert, private Nachrichten sollen ohne Verdacht durchsucht werden, Daten sollen langfristig oder dauerhaft gespeichert werden. **Das ist kein Verbraucherschutz mehr – das ist ein Kontrollstaat im Entstehen.**²⁴

Die Idee einer Friedensordnung in und durch Wohlstand, Grundlage der EU, war richtig. Doch die EU in der aktuellen Form hat keine Zukunft, denn sie **gefährdet den Wohlstand und spaltet den Kontinent**.²⁵ Das zeigt sich auch daran, dass wir zwar immer mehr EU bekommen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt, der EU-Anteil am globalen BIP jedoch immer kleiner wird.²⁶ Wir werden also unbedeutender und das bekommen wir geopolitisch zu spüren.

Wer Europa liebt, der muss diese EU folglich kritisieren.²⁷ Zudem muss die Legitimität angegangen werden – denn das **unterschiedliche Stimmgewicht** der Staaten widerspricht jedem demokratischen Prinzip, genauso wie die Tatsache, dass die meisten EU-Organen gar nicht gewählt werden und das EU-Parlament kein Initiativrecht hat.



Während sich Europa und Deutschland regelmäßig tugendhaft überhöhen und als **moralisches Schiedsgericht der Weltgeschichte** aufspielen, hat die EU-Kommission erst kürzlich Schweizer,²⁸ US-Amerikaner, Franzosen und einen deutschen Journalisten²⁹ auf ihre **Sanktionsliste** gesetzt. Damit verlieren **sogar EU-Bürger ohne Gerichtsverfahren** von heute auf morgen Grundrechte wie Reisefreiheit und Zugriff auf ihre Bankkonten. **Ursula von der Leyen** (CDU) und ihre EU-Kommission maßen sich damit vertragswidrig Kompetenzen an, die sie gar nicht haben. Genauso vertragswidrig sind gemeinschaftliche Schulden, die gemeinsame Militarisierung und die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips.³⁰

Wir lieben Europa, wir wollen eine sinnvolle Zusammenarbeit mit allen Staaten und gemeinsamen Handel. Aber keine korrupte,³¹ alles überwachende, woke und rechtswidrig handelnde EU. Einem möglichen **EU-Austritt** stellen wir immer voran, dass zuerst neue Handelsverträge abgeschlossen werden. Daher wäre dieser auch nicht schädlich für unsere Wirtschaft – im Gegenteil.

Regionalverband legt Grundlage für etwa 500 neue Windräder

Bis zum 2. März erfolgt die zweite Offenlage zur Fortschreibung der Windkraftpläne des Regionalverbandes Rhein-Neckar. Innerhalb des baden-württembergischen Gebietes unseres Regionalverbandes sind **rund 5.258 ha** (entspricht nahezu 7.400 Fußballfeldern) vorgesehen. Die mit Abstand größten Flächen liegen im Neckar-Odenwald. Dem Beschluss gingen **31.904 Seiten** Unterlagen voran, die schon rein rechnerisch niemand im Gremium lesen konnte, aber trotzdem stimmten CDU, SPD, Freie Wähler und Grüne/Linke zu.³²



Katastrophale Rettungszeiten im Neckar-Odenwald – eine „positive Entwicklung“ für den CDU-Minister?

Die „8-Minuten-Regel“ im Rettungsdienst gilt als Richtwert für die angestrebte Anfahrtszeit bei Notfällen,³³ um die Vitalfunktionen zu sichern. Doch weil nicht mal 10 Minuten einhaltbar waren, definierte man einfach 15 Minuten zur neuen „Planungsfrist“ – denn die Bundesländer entscheiden selbst über ihre Fristen.³⁴ Während früher aber sofort auffiel, dass leider nicht mal diese Frist in vielen Gemeinden eingehalten wird, lässt man nun die Werte für einzelne Gemeinden einfach nicht mehr auswerten.



10-Minuten-Werte muss die Regierung aufgrund eines Urteils jedoch erfassen lassen – aber auch nur für den ganzen Rettungsdienstbereich. Und dabei kamen durch AfD-Anfragen dann erschreckende Zahlen heraus. Dazu kommt: In unserem Landkreis hat sich die **Anzahl der Rettungswagen-Einsätze von 2020 bis 2024 verdoppelt!** Trotzdem wurden die Rettungswagen-Kapazitäten nur minimal erhöht. Das Schließen der Notfallpraxen könnte zu dieser Fallsteigerung beigetragen haben. Das DRK-Baden meinte: „Die geplante Schließung von Notfallpraxen führt dazu, dass Menschen bei uns landen, denen in der ambulanten Versorgung viel besser geholfen wäre.“ Man habe in den Orten, in denen die KVBW bereits Notfallpraxen geschlossen habe, einen deutlichen Anstieg an Rettungsdiensteinsätzen registriert.³⁵

Während die Rettungswagen im Landkreis 2020 noch in 93,05% der Fälle innerhalb von **15 Minuten** ihr Ziel erreichten, sinkt der Wert seitdem und lag 2024 nur noch bei **85,09%**. **Innerhalb von 10 Minuten schafften es Rettungswagen nur noch in 54,62% der Fälle 2024** (Vorjahr: 60,31%). Notärzte kamen 2024 nur in **47,35%** der Fälle innerhalb von zehn Minuten an.³⁶

Wie soll (nahezu) dieselbe Zahl an Mitarbeitern immer mehr Fälle bewerkstelligen können? Doch obwohl alle diese Werte erschreckend sind und zudem im NOK immer schlechter werden, meinte der CDU-Minister **Thomas Strobl** dazu: „Insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung der 15-minütigen Hilfsfrist zeigen die vorgelegten Daten eine überwiegend positive Entwicklung.“ Er sieht eine „annähernde Erfüllung“ der Zielvorgaben.

Wenn nun noch die „Konzentration“ von Krankenhausstandorten kommt – also das Schließen von z. B. der Notaufnahme in Mosbach –, **werden die Rettungszeiten noch schlimmer**, denn logischerweise sind die wenigen verfügbaren Einsatzkräfte noch länger unterwegs, wenn die Notfälle zu weiter entfernten Standorten transportiert werden müssen. „Einschränkungen bei Kliniken oder niedergelassenen Ärzten müsse grundsätzlich immer der Rettungsdienst auffangen“, so auch das DRK.³⁷

Die Kosten, die also letztlich durch das Schließen von Mosbach eingespart würden, werden dann an anderen Stellen anfallen. Doch politisch betrachtet ist das dann das Problem von anderen – weshalb diese Kostenumverteilung entsprechende Entscheidungsträger leider viel zu oft nicht interessiert. Jeder denkt nur an den eigenen Haushalt.

Kritisches Denken und Eigenverantwortung – was ist nur passiert?

„Es geht ein neuer Geist um, und der lautet: **Denkt ja nicht zu viel selbst, sondern überlasst das den Instanzen über euch: dem Staat, der Wissenschaft, dem Verfassungsschutz. Viele finden das auch noch gut**“, kritisierte die Focus-Journalistin Julia Ruhs letztes Jahr.³⁸

Übrigens: „Inlandsgeheimdienste dienen zur Überwachung derjenigen Kräfte, die den Status quo der aktuellen Repräsentanzen gefährden könnten.“ Das behauptet nicht etwa die AfD, sondern das stand 2013 in einem Tagungsband

der Heinrich-Böll-Stiftung, der parteinahen Stiftung der Grünen. Das war offenbar bevor man entdeckte, wie toll man Geheimdienste gegen die Opposition einsetzen kann.³⁹ Erstaunlich, wie aus einstigen Regierungskritikern Menschen wurden, denen es nie genug staatliche Bevormundung geben kann.

Vielen Dank, dass Sie bis hierhin gelesen haben!

Aus Platzgründen finden Sie die Quellenangaben im Internet. Dort finden Sie auch unser Wahlprogramm, unser 9-Punkte-Sofortprogramm und das Infoblatt zu unserem **Direktkandidaten Lukas Huber**, falls Sie dieses (noch) nicht in Ihrem Briefkasten hatten.

www.afd-nok.de/landtagswahl2026/



Unser Wahlprogramm ist nicht nur ein Strategiepapier, sondern ein Arbeitsplan für den Aufbruch: Verwaltung und Wirtschaft entlasten, Steuergeld sinnvoll einsetzen, den Wirtschaftsstandort sichern und das Selbstbewusstsein unseres Landes stärken. Leistung soll sich lohnen, Familien verdienen verlässlichen Schutz, und die Bürger müssen ihrer Politik wieder vertrauen können.



Lukas Huber ist unser Direktkandidat zur Landtagswahl 2026 im **Wahlkreis 38 Neckar-Odenwald**. Der 28-jährige studierte **Mathematiker mit Master-Abschluss** ist gebürtiger Buchener und wuchs in Adelsheim sowie in Walldürn auf. Nach seinem Studium an der Universität Heidelberg sammelte er mehrere Jahre Berufserfahrung als Finanz- und Versicherungsmathematiker sowie nebenberuflich als Privatlehrer für Mathematik.

2026 haben Sie die Wahl – für einen echten Wechsel!

Unterstützen Sie den Wechsel gerne mit Ihrer Spende: www.afd-nok.de/spenden/

Unser Land braucht Mitmacher. Mitläufer gibt es schon genug.

Werden Sie Mitglied von Deutschlands Erfolgsgeschichte: www.afd.de/mitglied-werden/

Politische Information | Dieses Schreiben wurde vom Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis der Alternative für Deutschland bezahlt und herausgegeben und steht im Zusammenhang mit der Landtagswahl am 8. März 2026.

AFD Neckar-Odenwald, An den Hofäckern 19, 74731 Walldürn; Vorsitzender: **Johann Martel**, MdB / wahl2026@afd-nok.de

- ¹ Zitate von Peter Hauk und Mark Fraschka aus der Pressemitteilung der CDU Neckar-Odenwald, aufgegriffen u.a. in der RNZ vom 17.03.2025 »Er will „mit Mut die Probleme angehen“«
- ² <https://www.bmz.de/de/aktuelles/archiv-aktuelle-meldungen/deutschland-tansania-einfuehrung-krankenversicherung-128626>
- ³ „Framing“ meint in der Kommunikationswissenschaft die Einbettung eines Themas in einen subjektiven Deutungsrahmen
- ⁴ Minister Peter Hauk nannte die AfD u.a. in der 124. Sitzung des Landtag (17. Wahlperiode) am 22.05.2025 „Vaterlandsverräter“; vgl. Plenarprotokoll 17/124 S. 22/73
https://www.landtag-bw.de/resource/blob/577462/4712a673891c2a12153d83eb43331d5a/17_0124_22052025.pdf
- ⁵ Beispiel: » Für Peter Hauk geht es bei der Landtagswahl um Fragen der Sicherheit, des Wohlstandes und der Wirtschaftlichkeit. "Das Programm dieser Rechten, die sich Alternative nennen, bedeutet Armut für Deutschland", machte er klar. Wer einen EU- und Nato-Austritt fordere, gleichzeitig nach Moskau reise und sich dort bejubeln lasse, außerdem für China spioniere, zeige alles andere als Patriotismus, betonte Hauk.«
https://www.rnz.de/region/neckartal-odenwald_artikel,-Neckar-Odenwald-Kreis-Julia-Kloekner-warb-fuer-Duzfreund-Peter-Hauk-_arid,1874026.html
- ⁶ Bundestagswahlprogramm 2025; Seite 87: „Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO sowie eine aktive Rolle Deutschlands in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.“; <https://www.afd.de/wahlprogramm25/Grundsatzprogramm>; Seite 30: „Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.“
<https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>
- ⁷ „Jian G., früherer Mitarbeiter des AfD-Politikers Krah, ist wegen Spionage zu fast fünf Jahren Haft verurteilt worden. (...) Außerdem habe er persönliche Informationen über AfD-Führungspersonal zusammengetragen sowie chinesische Dissidenten ausgespäht.“
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ex-mitarbeiter-krah-spionage-urteil-100.html>
- ⁸ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article251292218/Jian-G-arbeitete-fuer-AfD-Mutmasslicher-China-Spion-war-jahrelang-SPD-Mitglied.html>
- ⁹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/hsb/spionage-china-bnd-verfassungsschutz-100.html>
- ¹⁰ „Der Verfassungsschutz klärt verborgenes wie illegales Handeln fremder Mächte in und gegen Deutschland auf, damit es unterbunden werden kann.“
https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/spionage-und-proliferationsabwehr/spionage-und-proliferationsabwehr_node.html
- ¹¹ Hagel unterstellte dies z.B. beim Neujahrsempfang der CDU in Markgröningen; vgl. z.B. Ludwigsburger Kreiszeitung vom 07.01.2026 „Hagel: Keine Koalition mit der AfD“ oder Stuttgarter Zeitung vom 07.01.2026 „Hagel geht in Markgröningen auf Konfrontation mit AfD“ – Zitat: »Und dann geben sich AfD-Politiker als Patrioten aus, ärgerte sich Manuel Hagel: „Wer für China spioniert und sich mit Russland zusammentut, ist kein deutscher Patriot.“«
- ¹² Minderheitsregierung auf Bundesebene: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/lesen-sie-hier-der-gastbeitrag-von-alexander-gauland-der-in-der-welt-nicht-erschieden-ist-li.10011069>
Minderheitsregierung auf Landesebene: <https://www.stimme.de/baden-wuerttemberg/nachrichten/suedwest-afd-wuerde-cdu-minderheitsregierung-tolerieren-art-5113992>
- ¹³ <https://www.spiegel.de/wirtschaft/lieferkettengesetz-europaparlament-stimmt-mit-stimmen-von-cdu-csu-und-afd-fuer-aufweichung-a-1cbef8cb-d3dd-4438-8745-66e5a194a691>
- ¹⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abstimmung-zu-mercotur-die-gruenen-und-die-brandmauer-zur-afd-110823598.html>
- ¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheitliche_Partei_Österreichs
- ¹⁶ <https://afdbundestag.de/afd-bundestagsfraktion-legt-alternativhaushalt-2026-vor/>
- ¹⁷ <https://www.nzz.ch/gesellschaft/frau-rostalski-duerfen-wir-jetzt-wieder-hemmungslos-herumfliegen-ja-sie-duerfen-hemmungslos-ld.1916671>
vgl. auch die Erklärung von Trump bei den Vereinten Nationen: „Europe reduced its carbon footprint by 37%. Congratulations, Europe, great job! Cost yourself a lot of jobs & factories, BUT you reduced the carbon footprint by 37%! However, all of that sacrifice, has been totally wiped out & then some by a global increase of 54%.“ Videoausschnitt:
<https://x.com/townhallcom/status/1970505084321833173>
- ¹⁸ <https://www.nzz.ch/meinung/schlechte-wirtschaftspolitik-und-falsche-prioritaeten-deutschland-ist-fuer-die-welt-nur-noch-ein-abschreckendes-beispiel-ld.1916489>
- ¹⁹ <https://www.nzz.ch/meinung/schlechte-wirtschaftspolitik-und-falsche-prioritaeten-deutschland-ist-fuer-die-welt-nur-noch-ein-abschreckendes-beispiel-ld.1916489>
- ²⁰ <https://www.nzz.ch/meinung/schlechte-wirtschaftspolitik-und-falsche-prioritaeten-deutschland-ist-fuer-die-welt-nur-noch-ein-abschreckendes-beispiel-ld.1916489>
- ²¹ <https://www.nzz.ch/wirtschaft/lob-des-sparsens-wer-an-morgen-glaubt-legt-heute-geld-zur-seite-ld.1917086>
- ²² <https://www.nzz.ch/der-andere-blick/die-politik-versagt-und-der-staat-ist-ueberfordert-deutschland-hat-ein-echtes-problem-ld.1899872>

²³ Michael Jäger, Präsident Taxpayers Association of Europa / Kommentar „Brüssel droht an sich selbst zu scheitern“ in „Der Steuerzahler“ Ausgabe 12-2025 / unterstützt <https://www.stop-eu-bureaucracy.com/german/> <https://www.taxpayers-europe.org/de/wir-ueber-uns/profil.html>

²⁴ Michael Jäger, Präsident Taxpayers Association of Europa / Kommentar "Brüssel droht an sich selbst zu scheitern" in der Steuerzahler 12-2025 / Unterstützung von <https://www.stop-eu-bureaucracy.com/german>

²⁵ <https://www.welt.de/debatte/plus69442d1260138990784c1bca/europaeische-union-macht-kaputt-was-euch-kaputt-macht.html>

²⁶ „Für einige Zeit war die EU insgesamt die weltgrößte Volkswirtschaft, musste diesen Rang jedoch Mitte der 2010er Jahre an die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) (nominal) bzw. die Volksrepublik China (PPP) abtreten.“

<https://web.archive.org/web/20110604195034/> | <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2001rank.html> | https://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_der_Europäischen_Union

²⁷ „wer Europa liebt, muss diese EU kritisieren. Und er muss hoffen, dass es möglichst bald eine ganz andere EU gibt – geführt von Menschen mit einem anderen Verständnis nationalstaatlicher Zuständigkeiten, die gegen Protektionismus eintreten, für neue Freihandelsabkommen und eine umfassende Deregulierung. Zudem muss die demokratische Legitimität auf andere Beine gestellt werden. Wer hat eigentlich von der Leyen gewählt?“ fragt auch Ulf Porschardt nicht grundlos /

<https://www.welt.de/debatte/plus69442d1260138990784c1bca/europaeische-union-macht-kaputt-was-euch-kaputt-macht.html>

²⁸ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-sanktionen-jacques-baud-meinungsfreiheit-li.10010883>

²⁹ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/eu-sanktionen-deutscher-journalist-russland-propaganda-li.10005566>

³⁰ <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/offiziell-eu-bestraft-missliebige-meinungen>

³¹ Verschiedene Beispiele:

<https://euractiv.de/news/investigativ-eu-parlament-bremst-belgische-korruptionsermittlungen/>

<https://www.dw.com/de/betrug-vorwürfe-brüssel-eu-federica-mogherini-rücktritt/a-75020238>

<https://www.tagesschau.de/ausland/belgien-bruessel-razzia-korruption-100.html>

³² Mehr dazu: <https://www.afd-nok.de/2765/regionalverband-windkraft-offenlage2026/>

³³ <https://www.facebook.com/nwmecklenburg/posts/985954296510688>

https://rettungslandschaft.steiger-stiftung.de/hilfsfrist_in_deutschland/

³⁴ „Wie schnell einem geholfen wird, das hängt derzeit auch vom jeweiligen Wohnort ab, denn die Länder setzen ihre Hilfsfristen eigenständig fest.“

<https://www.stimme.de/baden-wuerttemberg/heilbronn-drk-notruf-notfall-rettungsdienst-rettung-anruf-einsatz-leitstelle-fehlalarm-art-5080989>

³⁵ <https://www.stimme.de/baden-wuerttemberg/nachrichten/klinikaerzte-fuerchten-belastung-und-fordern-notfall-gipfel-art-4977023>

³⁶ Landtagsanfragen Drucksache 17/5364, Drs. 17/9945 und insbesondere Drs. 17/9946

https://www.landtag-bw.de/resource/blob/608094/193167f2e6926bba58e6d4f7625318f6/17_9946_D.pdf

³⁷ <https://www.stimme.de/baden-wuerttemberg/nachrichten/klinikaerzte-fuerchten-belastung-und-fordern-notfall-gipfel-art-4977023>

³⁸ https://www.focus.de/politik/meinung/bloss-nicht-selber-denken-es-macht-sich-eine-neue-staatsglaeubigkeit-breit_9e2743b9-8fd3-4143-b002-293dc8f6ea21.html

³⁹ „Zwar können staatliche Institutionen die Demokratie stärken und schützen, aber genauso gut können sie sie beschädigen und untergraben, wenn sie qua Institution so handeln, dass die Freiheits- und Bürgerrechte beschnitten, unterhöhlt und unzulässig eingeschränkt werden. So können die Begriffe Verfassung und Demokratie zu ideologischen Worthülsen werden, die dem Erhalt des Status quo dienen. Diejenigen, die versuchen mit Gewalt die Demokratie abzuschaffen, werden damit früher oder später gegen Gesetze verstoßen und können für ihr Handeln in rechtsstaatlichen Verfahren juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Jedoch zielt eine geheimdienstliche Überwachung derjenigen, die die bestehende politische/gesellschaftliche Ordnung durch neue Ideen ersetzen wollen, auf eine Überwachung der Demokratie selbst ab. Zugespitzt formuliert heißt das: Inlandsgeheimdienste dienen zur Überwachung derjenigen Kräfte, die den Status quo der aktuellen Repräsentanzen gefährden könnten.“

Tagungsband 2013 der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Grüne) „Wer schützt die Verfassung?“ in Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

https://weiterdenken.de/sites/default/files/verfassungsschutz_2013_download_m.pdf

"Es geht ein neuer Geist um, und der lautet: Denkt ja nicht zu viel selbst, sondern überlasst das den Instanzen über euch: Dem Staat, der Wissenschaft, dem Verfassungsschutz. Viele finden das auch noch gut." Kolumne "Regt euch doch auf" von Julia Ruhs, 15.06.2025

https://www.focus.de/politik/meinung/bloss-nicht-selber-denken-es-macht-sich-eine-neue-staatsglaeubigkeit-breit_9e2743b9-8fd3-4143-b002-293dc8f6ea21.html